

Wahlprüfsteine

des Wasserkraftverbandes Mitteldeutschland e.V. zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2026

Version 1.0 – 30. Juli 2026

Der Wasserkraftverband Mitteldeutschland e.V. hat allen derzeit im Landtag von Sachsen-Anhalt vertretenen Parteien und solchen, welche nach aktuellen Umfragedaten mit gewisser Wahrscheinlichkeit in den nächsten Landtag einziehen werden, im Vorfeld der Landtagswahlen einen Fragenkatalog vorgelegt.

Die Parteien wurden zu Ihren Plänen zu Erneuerbaren Energien, speziell zur Wasserkraft mit den Schwerpunkten Forschung, Klimaschutz und Energiewende befragt. Auch die Einstellung der Parteien zu Erkenntnissen der Wissenschaft und zur Förderung der Erneuerbaren Energien war von Interesse.

Die Antworten der Parteien finden Sie nachfolgend gegenübergestellt:

Einleitung:

Die Wasserkraftbetreiber erzeugen Regenerative Energie, leisten einen Beitrag zur Klimaneutralität und Netzstabilität und verantworten als Unternehmer Wertschöpfung in Sachsen-Anhalt. Die Wasserkraft genießt eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. In Zeiten zunehmender Klimawandelfolgen kommen weitere – über die reine Stromerzeugung hinausgehenden – Aufgaben der Wasserkraft zu (z.B. Wasservorhaltung in der Landschaft).

Frage 1 - Wissenschaftlicher Einfluss auf politische Entscheidungen:

Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass wissenschaftliche Erkenntnisse, belastbare Fakten und praktische Erfahrungen der betroffenen Fachverbände in ausreichendem Maße bei politischen Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden?

CDU Wissenschaftliche Erkenntnisse sind eine wesentliche Grundlage guter Politik. Gleichzeitig müssen politische Entscheidungen neben wissenschaftlichen Erkenntnissen auch wirtschaftliche, gesellschaftliche und praktische Auswirkungen berücksichtigen.

Die CDU Sachsen-Anhalt setzt sich für einen kontinuierlichen Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Kommunen, Bürgern und Fachverbänden ein. Gerade im Bereich der Wasser- und Energiewirtschaft verfügen die Verbände über einen großen Erfahrungsschatz, der frühzeitig in Gesetzgebungsverfahren und politische Entscheidungen einbezogen werden sollte. Schon jetzt werden die Belange jeweiligen Akteure über Anhörungen, z.B. im parlamentarischen Verfahren, berücksichtigt. Beteiligungsverfahren müssen transparent ausgestaltet werden und wissenschaftliche Erkenntnisse ebenso berücksichtigen, wie praktische Erfahrungen aus der Umsetzung.

Darüber hinaus wollen wir den Wissens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen weiter stärken. Forschungsergebnisse müssen schneller den Weg in die praktische Anwendung finden. Gerade im Bereich der Energie-, Wasser- und Umwelttechnik sehen wir große Chancen, wissenschaftliche Innovationen in marktfähige Lösungen „Made in Sachsen-Anhalt“ zu überführen. Damit stärkt die CDU Sachsen-Anhalt den Innovations- und Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt.

SPD Für die SPD Sachsen-Anhalt ist klar: Gute Politik braucht Fakten. Wissenschaftliche Erkenntnisse, belastbare Daten und praktische Erfahrungen müssen systematisch in politische Entscheidungen einfließen. Gerade in der Energie-, Umwelt- und Infrastrukturpolitik ist es wichtig, Fachwissen frühzeitig einzubeziehen. Deshalb setzen wir auf den Dialog mit Wissenschaft, Fachverbänden, Unternehmen und kommunaler Praxis.

Grüne Die Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse, belastbarer Daten und die Anhörung der praktischen Erfahrungen von Fachverbänden ist für uns zentraler Maßstab verantwortungsvoller Politik. Gerade in Zeiten multipler Krisen braucht es Entscheidungen, die auf gesichertem Wissen und nicht auf kurzfristigen Interessen beruhen.

Wir setzen uns daher für transparente und nachvollziehbare Entscheidungsprozesse ein, in denen wissenschaftliche Expertise und die Beteiligung unabhängiger Institutionen sowie Empfehlungen von Fachverbänden in die politischen Abwägungsprozesse eingebunden werden. Wir werden auch weiterhin Fachverbände und Wissenschaft in die Fachausschüsse des Landtags einladen.

Linke Für Die Linke ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine auf die Zukunft orientierte Politik, dass Entscheidungen auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse getroffen werden. Dies ist für uns selbstverständlich und umso wichtiger, da sich die rasant verändernden natürlichen Gegebenheiten auch in politischen Entscheidungen wiederfinden müssen. Das verlangt sowohl die Berücksichtigung mehrerer wissenschaftlicher Fachgebiete als auch die Einbeziehung praktischer Expertise.

Deshalb ist es für uns bei Anhörungen und Fachgesprächen in den Ausschüssen des Landtages und der Fraktion stets Anliegen, neben Praktikern insbesondere Vertreter:innen wissenschaftlicher Einrichtungen anzuhören. Auch für die eigene Tätigkeit nutzen wir immer wieder Kooperationen mit Forschungseinrichtungen, um wissenschaftliche Gutachten in Auftrag zu geben.

FDP keine Antwort

BSW Dem BSW ist die Beteiligung von Verbänden, Experten und Bürgern an für sie wichtigen Projekten und Fragestellungen ein echtes Anliegen. Beispielsweise möchten wir die direkte Demokratie nach schweizerischem Vorbild stärken. Die Einbringung von Experten in Diskussionen halten wir außerdem für elementar. Während der Corona-Pandemie war das RKI weitaus vorsichtiger in seinen Maßnahmenvorschlägen, als es das BMG politisch nach außen weitergegeben hat.

Ohne die Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Praxiserfahrungen von Experten sind Planungen nicht mal halb so belastbar, wie sie es sein könnten und Förderprogramme nicht mal halb so praxistauglich, wie sie es sein müssten. Gerade in Förderprogrammen zeigt sich immer wieder, dass diese fast vollständig ohne Praxisbezug entstanden sind. Ein Beispiel für einen fehlenden Praxisbezug ist die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK). Die Einjährigkeit der Maßnahmen und die Vorgehensweise nach dem Windhundprinzip bei der Fördermittelvergabe sind für Landwirte völlig unpraktikabel. Zum einen, weil sie nicht permanent Anträge in der Schublade haben, die sie hervorzaubern können, um in Verfahren Erster zu sein. Und zum anderen, weil sie nach Bewilligung der Maßnahme nur noch maximal vier Monate Zeit haben, die Maßnahme bis Jahresende umzusetzen und abzuschließen. In der Landwirtschaft ist das ein viel zu kurzer Zeitraum. Das gilt in anderen Bereichen aber genauso.

AfD Um sicherzustellen, dass wissenschaftliche Erkenntnisse, physikalische Fakten und insbesondere die praktischen Erfahrungen von Fachverbänden im politischen Raum das notwendige Gehör finden, können diese im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren angehört werden können.

Frage 2 - Wissenschafts-, Technologie- und Innovationsstandort:

Deutschland genießt weltweit einen guten Ruf als Standort für Wissenschaft und Technik, insbesondere auch im Bereich der Erneuerbaren Energien, verliert hier jedoch an Einfluss.

a) Was sieht Ihr Parteiprogramm vor, um dieses Niveau zu erhöhen und weiter zu stärken?

b) Welche Rolle spielen dabei europäische Forschungsförderprogramme? Sollte sich Sachsen-Anhalt stärker daran beteiligen oder die Ressourcen stärker in nationale und regionale Programme investieren?

c) Wie will Ihre Partei die Wettbewerbsfähigkeit der sachsen-anhaltischen Industrie, insbesondere im Bereich der Energie-, Wasser- und Umwelttechnik, stärken und bessere Rahmenbedingungen für Innovationen, Investitionen und Unternehmensgründungen schaffen?

CDU a) Sachsen-Anhalt verfügt über leistungsfähige Hochschulen, Forschungseinrichtungen und innovative Unternehmen. Dieses Potenzial wollen wir weiter stärken.

Dazu gehören eine verlässliche Finanzierung der Hochschulen, der Ausbau des Wissens- und Technologietransfers, der Abbau bürokratischer Hemmnisse sowie bessere Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen und Ausgründungen aus der Wissenschaft. Forschungsergebnisse müssen schneller in marktfähige Produkte und Verfahren überführt werden.

Die CDU Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein Sachsen-Anhalt als führenden Wissenschafts- und Innovationsstandort in Mitteldeutschland weiterzuentwickeln. Dazu gehören leistungsfähige Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sowie eine enge Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft. Gründungen und Ausgründungen aus Hochschulen wollen wir weiter erleichtern, den Technologietransfer beschleunigen und insbesondere Zukunftsfelder wie Energie-, Wasserstoff-, Umwelt- und Wassertechnologien gezielt stärken.

b) Europäische Forschungsprogramme sind eine wichtige Ergänzung nationaler und regionaler Förderinstrumente. Die CDU Sachsen-Anhalt möchte die Beteiligung der Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen Sachsen-Anhalts an europäischen Programmen weiter erhöhen und sie bei der Antragstellung gezielt unterstützen.

Gleichzeitig bleiben Landes- und Bundesprogramme unverzichtbar, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen sowie regionale Innovationsprojekte. Beide Förderebenen ergänzen sich sinnvoll.

c) Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie hängt von verlässlichen Rahmenbedingungen ab. Dazu gehören eine sichere und bezahlbare Energieversorgung, leistungsfähige Infrastruktur, schnellere Genehmigungsverfahren, weniger Bürokratie und eine innovationsfreundliche Förderpolitik.

Besonders im Bereich der Energie-, Wasser- und Umwelttechnik sehen wir große Chancen für Sachsen-Anhalt. Forschung, industrielle Produktion und mittelständisches Know-how sollten noch stärker miteinander vernetzt werden.

Unser Ziel ist es, Sachsen-Anhalt als wettbewerbsfähigen Industriestandort weiter auszubauen. Dafür brauchen Unternehmen vor allem verlässliche Rahmenbedingungen, schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, weniger Bürokratie sowie bezahlbare Energie. Investitionen dürfen nicht an langwierigen Verwaltungsverfahren scheitern. Die Digitalisierung der Verwaltung soll Genehmigungsprozesse deutlich beschleunigen und Unternehmen entlasten.

SPD

a) Die SPD Sachsen-Anhalt will den Wissenschafts- und Innovationsstandort weiter stärken. Unser Wahlprogramm setzt auf starke Hochschulen, mehr Transfer zwischen Forschung und Wirtschaft, bessere Gründungsbedingungen und gezielte Förderung von Zukunftstechnologien.

b) Die Europäische Förderung insgesamt bleibt für uns ein wichtiger Baustein. Sachsen-Anhalt wird sich daran aktiv beteiligen, weil die europäischen Programme zusätzliche Mittel, internationale Vernetzung und Zugang zu modernster Forschung eröffnen. Die Frage nach „Entweder/Oder“ bei der Verteilung der Gelder stellt sich nicht, wenn man allein die Höhe der für Sachsen-Anhalt bereitgestellten Mittel anschaut. Die Kofinanzierung muss natürlich so gut wie möglich bereitgestellt werden.

c) Die Wettbewerbsfähigkeit der sachsen-anhaltischen Industrie stärken wir durch den weiteren Ausbau der Erneuerbaren, sprich bezahlbarer und günstiger Energie, verlässliche Rahmenbedingungen, schnellere Verfahren, Fachkräftesicherung und eine aktive Industriepolitik. Besonders Energie-, Wasser- und Umwelttechnik sollen davon profitieren.

Grüne

a) Wir wollen Sachsen-Anhalt als Innovationsstandort stärken, indem wir Forschung, Entwicklung und den Transfer in die Praxis ausbauen. Schwerpunkte sind für uns

Zukunftsfelder wie grüne Wasserstofftechnologien, Bioökonomie, Kreislaufwirtschaft, Energie, Chemie, Medizintechnik und digitale Schlüsseltechnologien. Wir sehen in der Notwendigkeit, Klimaneutralität zu erreichen, einen guten Treiber für den Ausbau erneuerbarer Energien.

b) Wir sind stolze Europäerinnen und Europäer und unser Frieden und hoher Lebensstandard ist nur durch die Erfolgsgeschichte der EU möglich. Europäische Forschungsförderprogramme sind für uns enorm wichtig und sollen aktiv genutzt werden. Unsere Aufgabe ist es, dass Sachsen-Anhalt die nötige Kofinanzierung für EU- und Bundesprogramme sichert. Wir wollen Wissenschaft, Wirtschaft und Kommunen so vernetzen, dass europäische Mittel wirksam nach Sachsen-Anhalt geholt werden und ein gewinnbringender Austausch erfolgen kann.

c) Die Wettbewerbsfähigkeit der sachsen-anhaltischen Industrie wollen wir über Innovation, Ressourceneffizienz, bezahlbare erneuerbare Energien, gute Infrastruktur und weniger Bürokratie stärken. Für Energie-, Wasser- und Umwelttechnik heißt das: mehr Unterstützung für Cluster, Gründungen, Reallabore, Wissenstransfer und regionale Wertschöpfung.

Linke

a) Die Linke bekennt sich in ihrem Wahlprogramm klar zum konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien. Wichtig für uns ist, dass Versorgungssicherheit, Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, Transparenz und echte Beteiligung der Menschen vor Ort zusammengehören. Wir wollen dabei alle Sektoren, insbesondere auch den Wärmebereich stärker voranbringen. Gleichzeitig sehen wir dabei auch die Förderung des Mittelstandes, regionaler Wirtschaftskreisläufe, von Forschung und Entwicklung sowie den Ausbau der Digitalisierung als wichtige Stellschrauben für eine erfolgreiche Entwicklung. Dabei setzen wir auch verstärkt auf Kooperationsmodelle. Außerdem

wollen wir Sachsen-Anhalt wieder zum bedeutsamen Produktionsstandort für Anlagen der Erneuerbaren Energien machen.

b) Die Klimakrise ist ein globales Problem und die sich dramatisch zuspitzenden weltweiten Ereignisse und Katastrophen machen dies sehr deutlich. Gleichzeitig tragen Europa als Ganzes und Deutschland insbesondere mit seinem hohen Grad der Industrialisierung erheblich zur Emission von Treibhausgasen bei. Deshalb müssen Europa und Deutschland alles unternehmen, um der Klimakrise entgegenzuwirken. Dazu wird auch die europaweite Forschung in allen relevanten Bereichen benötigt, die wiederum nur mit ausreichender Förderung vielfältigste Forschungsansätze und auch Synergien generieren kann, von denen alle profitieren. Daher ist es aus unserer Sicht sinnvoll, sowohl europäische als auch nationale und regionale Ressourcen zu nutzen.

c) Die Industrie in Sachsen-Anhalt ist vorwiegend von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt. Diese geraten zunehmend unter Druck: Sie können nur bestehen, wenn sie die Transformation meistern. Gleichzeitig fehlen Fachkräfte und Unternehmensnachfolge. Diese Unternehmen wollen wir über einen Wirtschaftsfonds durch langfristige Investitionen zur klimaneutralen Umstellung, Modernisierung und Transformation, Qualifizierungsprogramme, mehr Beteiligung und Innovation unterstützen. Die Bereiche Energie-, Wasser- und Umwelttechnik sehen wir dabei als besonders wichtig für die Zukunftsaufgaben in Zeiten der Klimakrise an. Verlässliche Finanzierungen mit Landes- und Bundesmitteln bei möglichst geringen Förderhürden sollen die Schaffung von Arbeitsplätzen, regionale Wertschöpfung, Innovationen und Fachkräftesicherung anreizen.

Zur Belebung der einheimischen Wirtschaft sind Start-ups und andere Neugründungen mit kreativen, innovativen und nachhaltigen Ideen unerlässlich. Sie brauchen Unterstützung bei der Akquirierung von Risikokapital aber auch bei der Vernetzung. Wir wollen Unternehmensnetzwerke aus verschiedenen Branchen sowie Wissenschaft und Forschung, innovative Arbeitsformen und Formate zur Bekanntmachung fördern. Und wir wollen ausdrücklich Frauen zur Selbstständigkeit ermutigen und sie dabei unterstützen.

FDP keine Antwort

BSW Die Nachfrage nach Strom nimmt nicht ab, sondern stetig zu. Das bedeutet, dass wir auch in Zukunft stabile und bezahlbare Energie benötigen. Das schließt die Erneuerbaren Energien ein. Sie ergänzen die bestehenden Strukturen und helfen, die Industrie auf eine verlässliche und langfristig tragfähige Grundlage zu stellen. Damit sich diese Potenziale entfalten können, braucht es stabile und planbare Rahmenbedingungen. Eine sichere und bezahlbare Energieversorgung ist die Grundlage von Wohlstand, sozialem Zusammenhalt und staatlicher Handlungsfähigkeit. Ohne verlässliche Energie geraten Industrie, Mittelstand, Handwerk und private Haushalte

unter Druck. Versorgungssicherheit entscheidet über Investitionen, Arbeitsplätze und die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Wir setzen uns für einen breiten Energiemix ein. Strom muss bezahlbar und rund um die Uhr verfügbar sein. Wir fordern einen sinnvollen, planmäßigen und effizienten Ausbau der erneuerbaren Energien. Dieser muss sich an den realen Anforderungen der Versorgungssicherheit orientieren und durch grundlastfähige Energiequellen zuverlässig ergänzt werden.

Förderprogramme können diesen Energieumbau sinnvoll begleiten, wenn sie praxisnah angelegt sind (s. Antwort auf Frage 1). Wichtig ist aber vor allem, die Energieversorgung sinnvoll politisch zu steuern. Dass die Energiepreise derart hoch sind, hängt mit den unsinnigen Sanktionen gegen russisches Öl und Gas zusammen. Das BSW setzt sich für eine vernünftige Wirtschaftspolitik ein, die Sachsen-Anhalt als einen Wirtschaftsstandort herausstellt, der mit preiswerter Energie und guter Infrastruktur punkten kann.

Auch die Forschung halten wir wichtig, insbesondere im Bereich der Speichertechnologie und der Energieeffizienz (auch bei Wasserkraft, die trotz Umweltauflagen effizient sein muss).

AfD

a) Das Regierungsprogramm der AfD Sachsen-Anhalt für die Landtagswahl 2026 sieht umfassende Reformen in der Wissenschafts-, Hochschul- und Technologiepolitik vor. Das übergeordnete Ziel besteht darin, den Wissenschafts- und Technologiestandort durch eine Rückkehr zum Leistungsprinzip, die Wiederherstellung der akademischen Freiheit (Entpolitisierung) sowie eine grundlegende Technologieoffenheit zu stärken. Die konkreten Pläne lassen sich in zwei Hauptbereiche unterteilen: die Reform des Wissenschafts- und Hochschulbetriebs sowie die Neuausrichtung der Technologie- und Energiepolitik.

b) In der aktuellen Ausgestaltung der EU-Forschungsförderung sehen wir gravierende Fehlentwicklungen. Die Vergabe von EU-Geldern ist stark an eine Bevormundung durch EU-Rahmenvorgaben (z. B. die Einhaltung von Quotenregelungen zur Geschlechtergerechtigkeit oder Diversitätsvorgaben) geknüpft. Daraus resultiert eine politisch kontrollierte Pseudowissenschaft, während die ergebnisoffene Grundlagenforschung ins Abseits gedrängt wird. Die AfD Sachsen-Anhalt fordert deshalb eine grundlegende Systemumkehr: Forschungsbudgets gehören zurück in nationale und regionale Verantwortung.

c) Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Sachsen-Anhalts setzt die AfD auf eine konsequente Senkung von Steuern und Abgaben sowie eine umfassende Deregulierung, insbesondere für mittelständische Unternehmen. Durch den Abbau bürokratischer Hürden werden gezielt Freiräume für Innovationen, Investitionen und Neugründungen geschaffen. Ein zentraler Pfeiler ist zudem die Abkehr von der aktuellen Energie- und Klimapolitik, um Energiekosten zu senken und die Planungssicherheit zu erhöhen.

Frage 3 - Nachhaltige Entwicklung, Klima- und Umweltschutz:

Eine nachhaltige Entwicklung ist unumgänglich, um natürliche Ressourcen, Ökosysteme und unsere Lebensgrundlagen dauerhaft zu schützen.

a) Welchen Stellenwert haben Fragen der nachhaltigen Entwicklung in der Politik Ihrer Partei?

b) Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, mehr für Klima-, Umwelt- und Gewässerschutz zu unternehmen? Wenn ja, mit welchen konkreten Maßnahmen?

c) Wie soll die Energiewende aus Sicht Ihrer Partei gemeistert werden, insbesondere mit Blick auf Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit, Speicher- und Flexibilitätsoptionen, Netzausbau sowie Natur- und Gewässerschutz?

CDU a) Nachhaltigkeit bedeutet für die CDU Sachsen-Anhalt, ökologische, wirtschaftliche und soziale Verantwortung unter Berücksichtigung von Innovation und Technologieoffenheit gleichermaßen zu berücksichtigen. Der Schutz von Klima und Umwelt darf dabei nicht allein von wirtschaftlichen Erwägungen abhängig gemacht werden. Gleichzeitig müssen Maßnahmen wirtschaftlich tragfähig und sozial ausgewogen sein, um dauerhaft gesellschaftliche Akzeptanz zu finden und ihre Wirkung zu entfalten. Die Bildung für nachhaltige Entwicklung soll ressortübergreifend gestärkt werden.

b) Ja. Die Folgen des Klimawandels machen zusätzliche Anstrengungen erforderlich. Wir setzen insbesondere auf:

- den Schutz der Wasserressourcen,
- den Ausbau klimaresilienter Infrastrukturen,
- eine nachhaltige Gewässerentwicklung,
- die Stärkung des Hochwasserschutzes,
- den Erhalt der Biodiversität sowie
- Investitionen in innovative Umwelttechnologien.

Mit der Novellierung des Wassergesetzes haben wir eine wichtige Grundlage für den nachhaltigen Umgang mit der Ressource Wasser geschaffen und zugleich eine moderne Wasserbewirtschaftung, die den Herausforderungen des Klimawandels besser gerecht wird und Verfahren effizienter gestaltet, in den Fokus gerückt.

c) Die Energiewende kann nur erfolgreich sein, wenn Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz gleichermaßen gewährleistet werden.

Die CDU Sachsen-Anhalt setzt auf einen technologieoffenen Energiemix. Dazu gehören erneuerbare Energien ebenso wie leistungsfähige Speicher, flexible Kraftwerke, ein bedarfsgerechter Netzausbau und moderne Wasserstofftechnologien. Speichertechnologien, insbesondere Pumpspeicher, gewinnen mit dem weiteren Ausbau von Wind- und Solarenergie zunehmend an Bedeutung. Gleichzeitig müssen Natur-, Gewässer- und Artenschutz frühzeitig berücksichtigt und Nutzungskonflikte sachgerecht gelöst werden.

Für uns gilt der Grundsatz: Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit sind Voraussetzung für das Gelingen der Transformation des Energiesystems. Der Ausbau erneuerbarer Energien muss deshalb mit dem Ausbau der Stromnetze, leistungsfähigen Speichertechnologien und einer flexiblen Kraftwerksstruktur Hand in Hand gehen. Wir setzen auf Technologieoffenheit statt auf einseitige Festlegungen und wollen alle geeigneten Technologien entsprechend ihrer jeweiligen Stärken nutzen.

SPD

a) Nachhaltige Entwicklung ist für die SPD kein Nebenthema, sondern Leitlinie unseres Handelns. Klima-, Umwelt- und Gewässerschutz gehören für uns untrennbar mit wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Sicherheit und moderner Infrastruktur zusammen.

b) Wir sehen die Notwendigkeit, beim Klima- und Gewässerschutz weiter voranzukommen. Dazu gehören der Ausbau erneuerbarer Energien, Speicher- und Flexibilitätsoptionen, der Netzausbau und der Schutz von Natur und Wasser. Die Energiewende muss sicher, bezahlbar und sozial gestaltet sein. Wichtige Stellschrauben waren für uns die Novellierung des Wassergesetzes und das Akzeptanz- und Beteiligungsgesetz, welches die Kommunen verbindlich am Ausbau der Erneuerbaren beteiligt. Beide Gesetzesvorhaben haben wir federführend umgesetzt.

c) Die Energiewende gelingt für uns nur, wenn Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz gemeinsam gedacht und umgesetzt werden. Dafür treiben wir den Ausbau von Wind- und Solarenergie konsequent voran ergänzt durch eine noch stärkere europäische Netz-Zusammenarbeit. Gleichzeitig wollen wir die Stromkosten durch Entlastungen bei Abgaben und Netzentgelten senken und Bürgerenergie stärken, damit Wertschöpfung vor Ort bleibt. Speicherlösungen wie Batterien und andere Medien, sowie die intelligente und digitale Steuerung beim Verbrauch können dafür sorgen, dass Angebot und Nachfrage besser zusammenpassen. Der Netzausbau muss beschleunigt und durch Digitalisierung effizienter gestaltet werden, insbesondere in den Verteilnetzen. Natur- und Gewässerschutz verankern wir verbindlich durch kluge Flächenplanung, Repowering und frühzeitige Beteiligung der Kommunen. Die Anhörung zur Wasserkraft hat gezeigt, dass bestehende Anlagen und wasserwirtschaftliche Infrastrukturen Potenziale bieten können. Diese Potenziale wollen wir dort nutzen, wo sie ökologisch vertretbar und wirtschaftlich sinnvoll sind.

Grüne

a) Umwelt- und Klimaschutz sowie Nachhaltigkeit sind Kern unserer Politik. Schon 1983 haben wir plakatiert: „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“. Wir wollen das erhalten, was uns trägt, damit auch nachfolgende Generationen in Würde gut leben können. Dafür setzen wir uns mit aller Kraft ein.

b) Ja, wir sehen die dringende Notwendigkeit, Klima-, Umwelt-, und Gewässerschutz zu intensivieren. Der Klimawandel ist längst auch zu einer sicherheitspolitischen Frage geworden: Trockenheit, Waldbrände, Hochwasser und extreme Wetterereignisse gefährden Infrastruktur, Versorgung und öffentliche Sicherheit. Zugleich verschärft die

Klimakrise soziale Ungleichheiten, weil die Folgen vor allem Menschen mit geringem Einkommen treffen. Eine sozial gerechte Klimapolitik entscheidet darüber, wie wir heute und morgen leben. Wir Bündnisgrünen in Sachsen-Anhalt setzen uns dafür ein, dass unser Bundesland seinen Beitrag zur nationalen, europäischen und internationalen Verantwortung im Klimaschutz leistet. Dazu gehört der Schutz und die Wiederherstellung von Ökosystemen, die Reduzierung von Schadstoff- und Nährstoffeinträgen, der Schutz von Gewässern und eine stärkere Förderung von Mooren, Auen und naturnahen Flusslandschaften. Wir setzen uns außerdem für ein Klimaschutzgesetz ein und wollen Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen auf kommunaler Ebene stärker fördern. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Einführung eines Klimagelds ein, damit die Erträge aus der CO₂-Steuer direkt an die Bürger*innen zurückfließen. Um die nachhaltige Nutzung von Gewässern zu gewährleisten und so unsere wertvollen Ökosysteme zu schützen, ist die Reduzierung diffuser Einträge von Bodenmaterial, Dünge- und Pflanzenschutzmitteln in die Einzugsgebiete der Flüsse unabdingbar. Zusätzlich streben wir den Ausbau der vierten Reinigungsstufe für Kläranlagen an, um unsere Gewässer vor schwer abbaubaren Spurenstoffen wie Reinigungsmitteln, kosmetischen Produkten und Medikamentenrückständen zu schützen.

c) Für uns ist die Energiewende der Schlüssel zu Klimaschutz, Versorgungssicherheit und einer langfristig bezahlbaren Energieversorgung. Wir wollen Sachsen-Anhalt bis 2030 bilanziell zu 100 Prozent mit erneuerbarem Strom versorgen und den dezentralen Ausbau von Windenergie, Photovoltaik, Biomasse, Wasser- und Geothermie konsequent vorantreiben. Erneuerbare Energien machen uns unabhängiger von fossilen Energieträgern und stärken den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt.

Versorgungssicherheit gelingt aus unserer Sicht durch einen breiten Mix an Maßnahmen. Dazu gehören der Ausbau, die Sanierung und Optimierung der Stromnetze, ein beschleunigter Rollout intelligenter Stromzähler, der Ausbau von Großbatteriespeichern und die Förderung flexibler, auf Wasserstoff umrüstbarer Reservekraftwerke. Gleichzeitig wollen wir die Energieeffizienz steigern und den Energieverbrauch konsequent senken. Grüner Wasserstoff spielt dabei insbesondere für Industrie, Speicherlösungen und die Sektorenkopplung eine wichtige Rolle.

Bezahlbare Energie wollen wir durch den Ausbau erneuerbarer Energien, dezentrale Erzeugungsstrukturen, Bürgerenergiegenossenschaften, Mieterstrommodelle und den Abbau von Hemmnissen bei der Eigenstromnutzung erreichen. So sollen Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen direkt von günstiger erneuerbarer Energie profitieren.

Natur- und Gewässerschutz sind für uns untrennbar mit der Energiewende verbunden. Der Ausbau erneuerbarer Energien muss naturverträglich erfolgen. Deshalb setzen wir auf eine sorgfältige Standortplanung durch die Ausweisung von Eignungsgebieten (die Natura-2000-Gebiete ausschließen), hohe Standards im Arten- und Naturschutz sowie den Vorrang von Photovoltaik auf Dächern und bereits versiegelten Flächen. Freiflächenanlagen sollen verbindliche Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität

umsetzen. Fracking lehnen wir wegen der Risiken für Umwelt und Grundwasser ebenso ab wie die CCS-Technologie.

Linke

a) Nachhaltige Entwicklung spielt für Die Linke eine entscheidende Rolle, damit die Lebensgrundlagen nachfolgender Generationen und deren Freiheiten dauerhaft geschützt sind. Dies gilt in allen Bereichen und bedeutet, dass es ein „Weiter so“ bei Ressourcenverbrauch, Treibhausgasemissionen, Raubbau an Natur und Umwelt, Flächenfraß usw. nicht geben darf.

Für alle Projekte und Vorhaben wollen wir daher, dass die Auswirkungen auf Menschen, Natur und Klima berechnet werden, bevor es an die Umsetzung geht. Der kurzfristige Profit darf dabei keine Rolle spielen. Alle Vorgaben und Auflagen sind konsequent einzuhalten und bei Verstößen gegen das Umweltrecht befürworten wir auch härtere Strafen. Gleichzeitig sehen wir in der Bildung für nachhaltige Entwicklung einen wichtigen Baustein, mit dem wir nicht früh genug anfangen können. Diese wollen wir noch stärker in Bildung und Ausbildung verankern und entsprechend finanzieren.

b) Klima-, Umwelt- und Gewässerschutz sind für Die Linke drei Seiten der gleichen Medaille und sie sind aufgrund der Klimakrise bedroht. Deshalb beantworten wir diese Frage mit einem eindeutigen Ja. Kürzungen in diesem Bereich wird es nicht geben. Wir wollen die Erneuerbaren Energien massiv ausbauen und bis 2035 Klimaneutralität erreichen. Alle politischen Entscheidungen sind einer verpflichtenden Klimawirkungsprüfung zu unterziehen. Wir wollen Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe definieren und entsprechend dauerhaft finanzieren.

Die EU-Wasserrahmenrichtlinie soll mit entsprechenden Landesmitteln zügig und vollständig umgesetzt werden. Dazu gehören die Verbesserung der Durchgängigkeit von Fließgewässern, die Reduzierung von stofflichen Einträgen in Gewässer u.a. durch klare Regeln, wirksame strenge Kontrollen und ausreichend Gewässerrandstreifen, die ökologische Stabilisierung von Dorfteichen und Seen. Gleichzeitig wollen wir die naturnahe Gewässerentwicklung stärken und Hochwasserschutz sowie Wasserrückhalt in der Fläche noch stärker in den Fokus nehmen, um Klimaresilienz zu schaffen.

Wir verweisen dazu auch auf die Antwort auf Frage 3a).

c) Wir verweisen hierzu u.a. auf die Antworten zu 2a) sowie 3a) und 3b).

Energie ist aus linker Sicht Teil der Daseinsvorsorge. Ein Gelingen der Energiewende hängt nach unserer Auffassung zugleich von der Akzeptanz der Bevölkerung ab. Hier müssen wir besser werden. Nur der konsequente Ausbau der Erneuerbaren Energien wird mittelfristig die Kosten für Energie senken können. Wir wollen aber auch, dass die Menschen in der Nähe von Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energien direkt davon profitieren, z.B. durch günstigen Strom und Wärme. Außerdem sollen mehr Möglichkeiten zur Beteiligung von Menschen und Kommunen an solchen Anlagen geschaffen werden. Auch die Gründung von Bürger- und Energiegenossenschaften soll einfacher möglich werden. Nicht zuletzt spielt aber auch die Vorbildwirkung der

öffentlichen Hand eine wichtige Rolle beim Gelingen der Energiewende. Da besteht erheblicher Nachholbedarf, z.B. bei Auf-Dach-Solaranlagen auf landeseigenen Liegenschaften.

Weitere Maßnahmen, wie die Sektorenkopplung, die Entwicklung und der Einsatz von Speichern, aber auch die Energieeinsparung, Energieeffizienz sowie der bedarfsgerechte Netzausbau, sind zur Sicherung der Zukunft der Energieversorgung und Bezahlbarkeit notwendig. Diese Maßnahmen müssen entsprechend durch Digitalisierung, z.B. Smart-Meter-Rollout, unterstützt werden. Doch auch hier gilt, dass Umweltverträglichkeit und Gewässerschutz die Prüfkriterien für alle Maßnahmen sein müssen.

Insgesamt brauchen wir eine Energie-, Wärme-, Verkehrs- und auch Ernährungswende, wenn wir erfolgreich sein wollen.

FDP keine Antwort

BSW Nachhaltigkeit spielt im BSW eine große Rolle. Dabei sehen wir die Nachhaltigkeit im ursprünglichen Sinn der Agenda 21 von Rio de Janeiro 1992: ökologisch, ökonomisch und sozial. Diese drei Parameter müssen erfüllt sein. Eine einseitige ideologische Ausrichtung auf eines dieser Ziele halten wir für sinnfrei.

Klima-, Umwelt- und Gewässerschutz ist wichtig, muss sich aber auch ökonomisch und sozial niederschlagen. Zum Beispiel sind notwendige Gewässerrandstreifen in der Landnutzung zu halten, um einerseits die Arbeit der Landwirte zu erhalten und andererseits einen wirtschaftlichen Anreiz für die Landwirte durch Verkauf und Nutzung des Mähgutes, bzw. auch der Weidetiere zu bieten.

Weiteres auch in Antwort auf Frage 2

AfD a) Echte Nachhaltigkeit hat für uns einen hohen Stellenwert. Grüne Strategen und die Altparteien haben diesen traditionellen Begriff der Forstwirtschaft pervertiert, um planwirtschaftliche Verbote durchzusetzen. Wir geben diesem Begriff wieder einen guten Sinn, denn für uns bedeutet Nachhaltigkeit den generationengerechten Schutz von Eigentum, Heimat und regionaler Wertschöpfung gleichermaßen. Deshalb stoppen wir die Entwertung unserer traditionellen Wasserkraftanlagen und sichern deren Wert für kommende Generationen.

b) Beim Klimaschutz sehen wir null Handlungsbedarf. Wir lehnen den staatlichen existenzgefährdenden CO₂-Kontrollwahn konsequent ab. Beim Umwelt- und Gewässerschutz dagegen sehen wir Handlungsbedarf. Gesetze und Vorschriften müssen von ideologischen Vorgaben befreit und wieder praxistauglich ausgestaltet werden. Vorrang haben für uns Hochwasserschutz, der Erhalt energetisch relevanter Wasserkraftanlagen und saubere Gewässer. Für intakte Gewässer benötigt man Geld,

weshalb wir eine grundlegende Reform des Finanzausgleichsgesetzes vornehmen, um die Gewässerunterhaltung abzusichern. Weiterhin sollen bestehende wasserrechtliche Genehmigungen unbürokratisch verlängert werden, damit Betreiber nicht erneut mit jahrelangen Gutachterschleifen und damit verbundenen Auflagen gegängelt werden. Gerade bei historischen Mühlen und Kleinstanlagen lehnen wir überzogene Anforderungen an Fischdurchgängigkeit, Fischaufstieg und Umweltgutachten ab, die den Erhalt dieser Anlagen unnötig erschweren.

c) Die Energiewende in ihrer heutigen Form ist krachend gescheitert. Selbst die OECD warnt unmissverständlich, dass die Energiewende ohne Kernkraft finanziell untragbar wird. Eine Einsicht, die weltweit längst angekommen ist, nur nicht im ideologisch verblendeten Berliner Altparteiengemeinde. Um Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit für unsere Bürger und Betriebe wiederherzustellen, beenden wir als AfD Fraktion Sachsen-Anhalt, gemeinsam mit unserer AfD Bundestagsfraktion, diesen energiepolitischen Irrweg.

Wir setzen ungebrochen auf einen technologieoffenen Energiemix mit Kernenergie und heimischer Braunkohle als tragende Säulen. Aufgrund der flachen Topografie Sachsen-Anhalts ist ein künstlicher Ausbau der Wasserkraft volkswirtschaftlich unrentabel. Sie übernimmt daher keine tragende Rolle im Energiemix, sondern erhält in den geologisch geeigneten Regionen, insbesondere im Harz, einen dauerhaften Bestandsschutz. Zum Schutz von Natur und Landschaft stoppen wir den planwirtschaftlichen Wind- und Solarausbau. Gemäß unserem Antrag „Moratorium Windkraft! Flächenzwang beenden (Drs.8/6969)“ fordern wir die strikte Kopplung an die Netzinfrastruktur. Jeder weitere Ausbau von Wind- und Solaranlagen ist zu blockieren, weil keine ausreichenden Netze und Speicherkapazitäten vorliegen. Beim Thema Speicher setzen wir auf bewährte Pumpspeicherkraftwerke, statt auf kostenintensive Großbatteriespeicher.

Frage 4 - Wasserkraft als erneuerbare Energie, Speicher- und Gewässerinfrastruktur :

- a) Welchen Stellenwert hat die Nutzung der Wasserkraft in Ihrer Partei bei der wirtschafts- und energiepolitischen Ausrichtung?**
- b) Welche Zukunft sieht Ihre Partei für die Kleinwasserkraft und bestehende Wasserkraftanlagen?**
- c) Welche realistischen Ausbau- und Modernisierungspotenziale sieht Ihre Partei an bestehenden Stauanlagen, Querbauwerken, Trinkwasser- und Talsperrensystemen?**
- d) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Prüfung möglicher Wasserkraftnutzung an bestehenden Querbauwerken zu aktualisieren und transparent zu veröffentlichen?**
- e) Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, denkmalgeschützte und die Kulturlandschaft prägende Wasserkraftanlagen ökologisch nachzurüsten, nachhaltig zu erhalten und wirtschaftlich betreibbar zu machen? Welche Förder- und Ausnahmeregelungen hält sie hierfür für erforderlich?**
- f) Welche Rolle sollen Pumpspeicherwerke und wasserwirtschaftlich integrierte Wasserkraftanlagen künftig für Versorgungssicherheit, Netzstabilität und die Nutzung von Überschussstrom aus Wind- und Solarenergie spielen?**

g) Wie will Ihre Partei die regionalen Arbeitsplätze, das Fachwissen und die mittelständischen Wertschöpfungsketten im Umfeld der Wasserkraft, des Anlagenbaus und der Gewässerunterhaltung dauerhaft sichern und weiterentwickeln?

h) Was wird Ihre Partei unternehmen, um den Bau und die Reaktivierung von Wasserkraftanlagen zu fördern, damit deren Betrieb in einem ökologisch-ökonomischen Gleichgewicht ermöglicht wird?

i) Wie will Ihre Partei Genehmigungs-, Wiederbewilligungs- und Änderungsverfahren für bestehende Wasserkraftanlagen beschleunigen, vereinheitlichen und rechtssicherer gestalten? Unterstützt Ihre Partei verbindliche Bearbeitungsfristen, klare Zuständigkeiten und eine zentrale fachliche Koordinierung innerhalb der Landesverwaltung?

j) Wie möchte Ihre Partei die Wärmewende meistern, und wird die Wasserkraft als regionale Wärmequelle aus Fließgewässern (Aquathermie) mitgedacht?

CDU a) Die Wasserkraft ist Bestandteil eines technologieoffenen Energiemixes. Aufgrund der natürlichen Gegebenheiten in Sachsen-Anhalt sind ihre Ausbaupotenziale begrenzt. Umso wichtiger ist es, die vorhandenen Potenziale an bestehenden wasserwirtschaftlichen Anlagen verantwortungsvoll zu nutzen. Die Erfahrungen in Sachsen-Anhalt zeigen, dass Wasserkraft dort einen Beitrag leisten kann, wo sie wirtschaftlich tragfähig, technisch sinnvoll und mit den Anforderungen des Gewässer- und Naturschutzes vereinbar ist. Diesen pragmatischen Ansatz unterstützen wir.

b) Unser Schwerpunkt liegt auf dem Erhalt, der Modernisierung und der Effizienzsteigerung bestehender Anlagen. Dort, wo Modernisierungen sowohl die Energieerzeugung verbessern als auch ökologische Anforderungen – beispielsweise die Fischdurchgängigkeit – erfüllen, unterstützen wir entsprechende Investitionen.

Bestehende Anlagen haben für uns Vorrang. Ihre Modernisierung stärkt nicht nur die Energieerzeugung, sondern sichert auch regionales Fachwissen, Handwerksbetriebe und mittelständische Unternehmen.

c) Die größten Potenziale sehen wir an bereits bestehenden wasserwirtschaftlichen Anlagen wie Talsperren, Rückhaltebecken, Wehren oder Trinkwassersystemen. Die Erfahrungen in Sachsen-Anhalt zeigen, dass insbesondere die Integration von Wasserkraft im Zuge ohnehin geplanter Sanierungen oder Modernisierungen wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll sein kann. Neue Standorte müssen stets anhand ihrer Wirtschaftlichkeit, ihrer technischen Machbarkeit und ihrer Auswirkungen auf die Gewässerökologie bewertet werden.

d) Eine Aktualisierung vorhandener Potenzialanalysen kann sinnvoll sein, sofern sie auf aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen basiert und sowohl energiewirtschaftliche als auch wasserwirtschaftliche und ökologische Aspekte berücksichtigt. Transparenz schafft eine gute Grundlage für Investitionsentscheidungen.

e) Historische Wasserkraftanlagen prägen vielerorts unsere Kulturlandschaft. Die CDU Sachsen-Anhalt unterstützt Lösungen, die Denkmalschutz, Gewässerökologie und wirtschaftlichen Betrieb miteinander verbinden. Förderprogramme sollten insbesondere ökologische Modernisierungen und die Verbesserung der Fischdurchgängigkeit unterstützen.

f) Pumpspeicherwerke gehören zu den wichtigsten Speichertechnologien für ein stabiles Energiesystem. Sie ermöglichen die flexible Nutzung überschüssiger Strommengen, stabilisieren die Netze und leisten einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit unseres Industrielandes Sachsen-Anhalt. Deshalb wollen wir bestehende Anlagen modernisieren und ihre wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern.

g) Sachsen-Anhalt ist ein Industrieland. Regionale Unternehmen, Ingenieurbüros und Handwerksbetriebe verfügen über hohe Kompetenz im Anlagenbau sowie in der Wasser- und Umwelttechnik. Wir wollen diese Wertschöpfung im Land halten und ausbauen. Dazu gehören eine innovationsfreundliche Wirtschaftspolitik, bezahlbare Energie, weniger Bürokratie sowie eine leistungsfähige Infrastruktur.

h) Wir unterstützen die Modernisierung und – wo sinnvoll – die Reaktivierung bestehender Wasserkraftstandorte. Dort können Synergien genutzt und zusätzliche Eingriffe in Gewässer vermieden werden. Voraussetzung bleibt jedoch, dass Wirtschaftlichkeit, Gewässerökologie und Versorgungssicherheit gleichermaßen berücksichtigt werden. Neue Projekte müssen ökologische Anforderungen, wasserwirtschaftliche Belange und Wirtschaftlichkeit gleichermaßen berücksichtigen. Pauschale Ausbauziele lehnen wir ebenso ab wie pauschale Ausschlüsse einzelner Technologien.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass weniger die technischen Möglichkeiten als vielmehr die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen häufig über die Realisierung von Wasserkraftprojekten entscheiden. Deshalb wollen wir investitionsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen, Genehmigungsverfahren beschleunigen und dort unterstützen, wo bestehende wasserwirtschaftliche Infrastruktur sinnvoll für die Energiegewinnung genutzt werden kann.

i) Ja, die CDU Sachsen-Anhalt setzt sich für schnellere, digitale und rechtssichere Genehmigungserfahren ein. Im Zuge der Novellierung des Wassergesetzes haben wir Verfahren vereinfacht, Zuständigkeiten klarer geregelt und Verwaltungsabläufe effizienter gestaltet. Wo rechtlich möglich, befürworten wir verbindliche Bearbeitungsfristen sowie eine frühzeitige fachliche Koordinierung zwischen den beteiligten Behörden.

j) Die Wärmewende erfordert einen technologieoffenen Ansatz. Neben Wärmepumpen, Geothermie, Biomasse und Abwärme kann auch Aquathermie dort einen Beitrag leisten, wo die natürlichen Voraussetzungen gegeben sind und

ökologische Belange gewahrt bleiben. Die CDU Sachsen-Anhalt steht neuen Technologien offen gegenüber und unterstützt deren wissenschaftliche Erprobung sowie wirtschaftlich tragfähige Anwendungen.

SPD

a) Die SPD Sachsen-Anhalt sieht in der Wasserkraft einen Baustein im Energiemix. Besonders dort, wo bestehende Bauwerke, Talsperren, Wehre oder historische Anlagen genutzt werden können, kann Wasserkraft einen Beitrag leisten.

b) Wir sehen das Potential vor allem bei der Modernisierung bestehender großer Infrastruktur. Wie zuletzt mit der zweiten Turbine an der Rappbodetalsperre. Standorte von Kleinstwasserkraftwerken können dann sinnvoll sein, wenn sie dauerhaft tragfähig, rechtssicher und vor allem gewässerökologisch vertretbar betrieben werden können.

c) Realistische Ausbau- und Modernisierungspotenziale sehen wir an bestehenden, großen Stauanlagen und Talsperrensystemen. Die Anhörung hat gezeigt, dass es in Sachsen-Anhalt keine großen Massenpotenziale wie in anderen Bundesländern gibt. Was man jedoch im Zuge der Novellierung des Wassergesetzes und dem Einhergehen des Paradigmenwechsels hin zum Wasserrückhalt in der Fläche prüfen kann ist, dass Stauanlagen bzw. Querbauwerke ertüchtigt oder neu gebaut werden, wenn eine Nutzung zur Energieerzeugung wirtschaftlich darstellbar ist. Auch die energetische Nutzung von Klärwerksausläufen gehört für uns bei der Betrachtung des Themas dazu.

d) Ja, wir halten es für möglich, in diese Richtung zu gehen. Die Potenziale müssen dabei fachlich belastbar sein, und der Gewässerschutz muss im Vordergrund stehen.

e) Denkmalgeschützte und kulturlandschaftlich prägende Wasserkraftanlagen gehören zu den identitätsstiftenden Objekten in unserer Heimat, denkt man bspw. an das Wasserkraftwerk „Steinerne Renne“ in Wernigerode. Deshalb gilt es, diese zu erhalten und ggf. ökologisch nachzurüsten. Wie diese Wasserkraftanlagen wirtschaftlich betreibbar sind, sollte dabei ebenso geprüft werden. Dafür braucht es geeignete Förderinstrumente und eine Verwaltungspraxis, die Sanierung und Modernisierung nicht unnötig erschwert.

f) Pumpspeicherwerke und wasserwirtschaftlich integrierte Wasserkraftanlagen können eine Rolle für Versorgungssicherheit, Netzstabilität und die Nutzung von Überschussstrom aus Wind und Sonne spielen. Solche Vorhaben brauchen in jedem Fall gute Standorte. Hier hat die Anhörung ergeben, dass klare Verfahren, Transparenz und vor allem eine realistische Wirtschaftlichkeitsprüfung nötig sind. Jedoch gehen wir davon aus, dass dies in unserem Bundesland keine große Rolle spielen wird.

g) Die regionalen Arbeitsplätze, das Fachwissen und die mittelständischen Wertschöpfungsketten im Umfeld der Wasserkraft wollen wir sichern und weiterentwickeln. Das gelingt nur, wenn Planung, Bau, Betrieb, Wartung und Gewässerunterhaltung in Sachsen-Anhalt und der Wissenstransfer verlässlich organisiert bleiben.

h) Den Bau und die Reaktivierung von Wasserkraftanlagen wollen wir unterstützen. Wir setzen dabei vor allem auf den Wissenstransfer, auf kluge Förderung und pragmatische Lösungen.

i) Genehmigungs-, Wiederbewilligungs- und Änderungsverfahren müssen grundsätzlich und in allen Bereichen schneller und einheitlicher werden. Wir sprechen uns für klare Zuständigkeiten, verbindliche Bearbeitungsfristen und eine fachliche Koordinierung in der Landesverwaltung aus, damit gute Projekte nicht an Verfahren scheitern. Für Musterbauten wollen wir bspw. die Genehmigungsfiktion ermöglichen.

j) Bei der Wärmewende denken wir vor allem an kommunale Wärmeplanung, erneuerbare Wärmequellen, Netze und Effizienz. Wasser als regionale Wärmequelle aus Fließgewässern muss mitgedacht werden und ist für uns ein ergänzender Baustein. Wir sind sehr gespannt auf die Ergebnisse des Forschungsprojekts „Aquathermie-Viewer Deutschland“.

Grüne

a) Der Fokus der Energiewende liegt für uns im Ausbau von Wind- und Solarenergie. Die Wasserkraft bleibt ein wichtiger, aber mengenmäßig begrenzter Baustein. Sie kann in wasserreichen Regionen einen wichtigen Beitrag zur Versorgung und Netzstabilität leisten.

b) Die Zukunft der Kleinwasserkraft sehen wir dort, wo sie einen standortspezifischen Beitrag leisten kann und keine relevanten ökologischen Schäden verursacht.

c) Realistische Ausbau- und Modernisierungspotenziale sehen wir vor allem an bestehenden Standorten und bei bereits stark veränderten Gewässern. Wo sensible Fluss- und Auenlandschaften betroffen sind, können die ökologischen Schäden den klimapolitischen Nutzen überwiegen. Daher kommt für uns ein Ausbau nur in Betracht, wenn Durchgängigkeit, Mindestwasserführung und Fischschutz verbindlich gesichert sind.

d) Eine Prüfung möglicher Wasserkraftpotenziale an bestehenden Querbauwerken ist sinnvoll und muss mit einer ökologischen Bewertung verbunden sein. Die technische Machbarkeit ist in Zusammenhang mit Gewässerschutz, Artenvielfalt und den Zielen der Wasserrahmenrichtlinie zu bringen.

e) Wir sind die Partei, die auch die dezentrale Energieversorgung vor Ort als einen wichtigen Baustein der Energiewende beschreibt. (siehe auch Antwort zu Fr. 3c). Wir unterstützen dezentrale Wasserkraftanlagen an solchen Standorten, wo sie historisch gewachsen, landschaftlich prägend und zugleich ökologisch verantwortbar sind. Einer gezielten Modernisierungsförderung, die mit klaren ökologischen Verbesserungen einhergeht, stehen wir aufgeschlossen gegenüber.

f) Wir sehen in Pumpspeicherwerken und wasserwirtschaftlich integrierten Wasserkraftanlagen als flexible Speicher einen wichtigen Beitrag zu

Versorgungssicherheit und Netzstabilität.

g) Um regionale Arbeitsplätze, das Fachwissen und die mittelständischen Wertschöpfungsketten rund um Wasserkraft, Anlagenbau und Gewässerunterhaltung zu sichern, sind verlässliche Rahmenbedingungen notwendig. Für uns gehört die ökologische Nachrüstung bestehender Anlagen dazu. Energiepolitische Rahmenbedingungen, etwa hinsichtlich der Förderkulisse des EEG, werden allerdings im Wesentlichen auf Bundesebene entschieden.

h) Wir sehen das zusätzliche Potenzial der Wasserkraft in Mitteldeutschland begrenzt. Im Vordergrund stehen aus unserer Sicht daher die ökologische Optimierung und die bessere Nutzung bestehender Anlagen.

i) Ja, wir unterstützen verbindliche Fristen, klare Zuständigkeiten und eine gute fachliche Koordinierung in der Landesverwaltung. Zugleich braucht es ausreichend Personal und eine gute und transparente Abwägung mit Natur- und Gewässerschutz. Wir setzen dabei auf mehr Beratung und auf verlässliche, nachvollziehbare Verfahren.

j) Die Wärmewende wollen wir vor allem über Effizienz, kommunale Wärmeplanung, Wärmenetze, Wärmepumpen und erneuerbare Wärmequellen voranbringen. Wir sehen in Flusswärmepumpen ein noch auszuschöpfendes Potenzial, weil die aus Flüssen oder Gewässern entnommene thermische Energie eine nachhaltige wie effiziente Wärmeversorgung darstellen kann. Wichtig ist dabei, dass der Betrieb der Pumpen aus erneuerbaren Quellen erfolgt. Flusswärmepumpen können dann ein wichtiger Baustein in der kommunalen Wärmeversorgung sein.

Linke

a) Die Nutzung der Wasserkraft ist eine Säule der Energiewende und des Klimaschutzes, wenn auch quantitativ untergeordnet. Sie sorgt für regionale Wertschöpfung und eine Form der dezentralen Energieerzeugung, die wir befürworten. Konkrete Ausbauziele haben wir nicht geplant. Sollte sich anhand streng wissenschaftlicher Fakten und Kriterien für einen moderaten Ausbau entschieden werden, sind strenge Auflagen, Maßnahmen und gesetzliche Regelungen zur Einhaltung und Kontrolle notwendig. Zunehmend müssen wir in Sachsen-Anhalt auch zur Kenntnis nehmen, dass aufgrund von langanhaltenden Trockenphasen die Pegelstände der entsprechenden Gewässer nicht immer ausreichend waren. Die Nutzung muss also einerseits den Naturschutz berücksichtigen (s. auch 3b) EU-Wasserrahmenrichtlinie, Gewässerdurchgängigkeit) und andererseits wirtschaftlich realistisch betrachtet werden.

b) + c) Die Punkte b) und c) werden aufgrund des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Hinsichtlich des Ausbaus nehmen wir Bezug auf vorstehende Antwort zu a): Dieser muss ökologisch unbedenklich und wirtschaftlich realistisch sein. Die Modernisierung und ökologische Optimierung von bestehenden Anlagen sollten aus unserer Sicht schwerpunktmäßig unterstützt werden. Dies erfordert eine umfassende Zustands- und

Potenzialanalyse, die insbesondere auch die gewässerökologischen Kriterien berücksichtigt. Damit diese Maßnahmen und auch die bestehenden Wasserkraftwerke eine bessere Akzeptanz finden, braucht es moderierte Dialogverfahren zum Ausgleich der Interessen. Umwelt- und Klimaschutz dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

d) Wir unterstützen eine solche Prüfung, Aktualisierung und Veröffentlichung, ohne dabei die Gewässerökologie aus dem Blick zu verlieren.

e) Solche Wasserkraftanlagen spielen häufig im regionalen kulturellen Gedächtnis eine große Rolle und sind auch touristische Anziehungspunkte. Deshalb liegt in der ökologischen Nachrüstung eine Chance, diese nachhaltig zu erhalten und wirtschaftlich zu betreiben. Dieses Anliegen finden wir förder- und unterstützenswert. Allerdings müssen dabei alle individuellen Bedingungen der Anlagen und gesetzlichen Rahmenbedingungen betrachtet und menschliche Eingriffe in Fließgewässer, wo immer dies möglich ist, zurückgenommen werden. Sowohl Förderung als auch Ausnahmen sind daher anlagenbezogen zu prüfen und nicht pauschal festzulegen. Dabei sollten auch Regelungen zu altrechten und wasserrechtlichen Bewilligungen geprüft werden.

f) Pumpspeicherwerke und integrierte Wasserkraftanlagen sind aus unserer Sicht notwendig, um die Energieversorgung zu sichern, Netze stabil zu halten und Überschussstrom zu nutzen. Ihr Einsatz ist nur an tatsächlich geeigneten Standorten, bei wirtschaftlicher Nachhaltigkeit und mit möglichst geringen Umweltauswirkungen vorzusehen.

g) Der Erhalt von Bestandsanlagen unter Einhaltung der notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Gewässer nach Wasserrahmenrichtlinie und Wasserhaushaltsgesetz ist unserer Auffassung nach richtig. Damit werden die vorhandenen Arbeitsplätze im wirtschaftlichen Umfeld der Wasserkraft und auch die entsprechenden regionalen Wertschöpfungsketten erhalten. Ein weiterer Ausbau von Arbeitsplätzen ist abhängig von den o.g. genannten Bedingungen zum Ausbau der Wasserkraft usw. generell. Das zugehörige Fachwissen braucht entsprechende Fachkräfte, die es nutzen und auch weiterentwickeln. Deshalb sehen wir die Fachkräftesicherung, wie unter 2c) erwähnt, als wichtige Aufgabe an. Mit unserem Qualifizierungsprogramm, das auf Weiterbildung und Zukunftskompetenzen setzt, sowie attraktiven und mitbestimmten Arbeitsplätzen wollen wir auch diesen Bereich für junge Menschen, Quereinsteiger und Zugewanderte attraktiv machen. Dabei kommt auch der Kooperation mit den entsprechenden Hochschuleinrichtungen des Landes eine wichtige Rolle zu.

h) Auf die Antworten und 4a-c) wird verwiesen.

i) Der Vereinheitlichung und rechtssichereren Gestaltung von Genehmigungsverfahren usw. steht Die Linke positiv gegenüber. Eine Beschleunigung darf jedoch nicht zu Lasten von Natur- und Umweltverträglichkeit gehen. Diese Gefahr sehen wir auch bei verbindlichen Bearbeitungsfristen, da aufgrund der sehr unterschiedlichen natürlichen

Bedingungen die notwendigen Untersuchungen und Prüfungen unterschiedlich lange dauern können. Allerdings darf dies nicht zu unverhältnismäßig langen Verfahren führen. Klare Zuständigkeiten und eine zentrale fachliche Koordinierung innerhalb der Landesverwaltung finden unsere Unterstützung.

j) Die Wärmewende hat wie bereits erwähnt noch erheblichen Nachholbedarf. Daher sind hier alle dezentralen Potenziale zu betrachten und heranzuziehen. Die Aquathermie ist daher fester Bestandteil unseres Wahlprogramms als ein Baustein der Wärmewende. Dies betrifft sowohl Fließ- als auch stehende Gewässer. Wir unterstützen bei der kommunalen Wärmeplanung und deren Umsetzung daher auch die Aquathermie als regionale Wärmequelle und können uns hier Vereinfachungen bei der Nutzung vorstellen, sofern die Eingriffe umweltverträglich und nicht zum Nachteil der Gewässerökologie sowie wirtschaftlich nachhaltig erfolgen.

FDP keine Antwort

BSW Laufwasserkraftwerke und Speicherkraftwerke tragen zu einem stabilen Energiemix bei. Insbesondere Laufwasserkraftwerke müssen sich mit verschiedenen Umweltauflagen auseinandersetzen. Die Ermöglichung der Wander- und Querungshilfen flussauf- und flussabwärts hält auch das BSW für wichtig. Ab und an kann das die Wirtschaftlichkeit der jeweiligen Anlage tatsächlich in Frage stellen. Das BSW setzt sich hier für eine Politik mit Augenmaß ein. Die Nutzung der Wasserkraft, die insbesondere in Sachsen-Anhalt eine lange Tradition hat, muss grundlegend erhalten werden.

Das BSW setzt sich dafür ein, dass Genehmigungsverfahren, die länger als sechs Monate dauern, grundsätzlich und rechtssicher als genehmigt gelten. Das verschlankt den Genehmigungsapparat und das Verfahren und lässt Projekte schneller wachsen.

Der Aquathermie stehen wir aufgeschlossen gegenüber. Thermische Energiegewinnung aus Abwasser und Oberflächenwasser halten wir für sinnvoll. Bei letzterem aber eher bei großen Gewässern, um den ökologischen Einfluss auf Flora und Fauna im Gewässer minimal zu halten.

AfD a) Die Wasserkraft hat für uns einen festen Stellenwert als verlässliche, planbare und wetterunabhängige Energiequelle. Energiepolitisch leisten die energetisch relevanten Anlagen einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit und zur Stabilisierung unserer regionalen Stromnetze. Wirtschaftspolitisch steht die Wasserkraft unter dem Schutz des Eigentums. Anstatt funktionierende Investitionen durch ideologische Regulierungen zu entwerten, sichern wir bestehende Anlagen als stabilen Faktor regionaler Wertschöpfung. Ihr besonderer Vorteil liegt im infrastrukturellen Mehrfachnutzen. Vorhandene Wehre und Talsperren werden zur Stromerzeugung genutzt, ohne zusätzliche Flächen zu verbrauchen. Das schützt bestehendes Kapital und stärkt die heimische Wirtschaft.

b) Wir richten die Zukunft der Wasserkraftanlagen an wirtschaftlicher Vernunft aus. Wir unterscheiden dabei strukturiert zwischen drei Anlagentypen:

- TYP 1: Bestehende, energetisch relevante Wasserkraftanlagen sind unverzichtbare Bestandteile der kritischen Infrastruktur. Sie genießen Bestandsschutz und sollen für die Versorgungssicherheit langfristig erhalten und modernisiert werden.
- TYP 2: Bei klassischen Kleinwasserkraftanlagen ermöglichen wir den Weiterbetrieb überall dort, wo Wirtschaftlichkeit und örtliche Gegebenheiten dies rechtfertigen. Stilllegungen aufgrund grün-ideologischer Weltuntergangsszenarien lehnen wir ab. Die heutige Praxis, wirtschaftlich tragfähige Kleinwasserkraftanlagen unabhängig von ihrer tatsächlichen Bedeutung und den örtlichen Gegebenheiten mit denselben Anforderungen an Fischdurchgängigkeit, Fischaufstieg und Gewässerumbau zu belasten, halten wir für falsch. Statt pauschaler Vorgaben fordern wir Einzelfallentscheidungen mit Augenmaß.
- TYP 3: Historische Mühlen und Kleinstanlagen ohne nennenswerten Beitrag zur Stromversorgung wollen wir erhalten. Denkmal-, Heimat- und Gewässerschutz lassen sich hier durch Kultur- und Tourismusförderung besser miteinander verbinden als durch den Zwang zu einer unrentablen Stromerzeugung. Für diese historische Mühlen und Kleinstanlagen setzen wir uns auf Bundesebene für Ausnahmeregelungen ein, damit nicht dieselben Auflagen gelten wie für große wasserwirtschaftliche Anlagen.

c) Einem politisch erzwungenen Ausbau der Wasserkraft erteilen wir eine klare Absage. Aufgrund der topografischen Gegebenheiten Sachsens-Anhalts sind die Ausbaupotenziale für diese Energieform begrenzt. Die Wasserkraft kann daher nur eine ergänzende Rolle im Energiemix übernehmen. Realistische Potenziale sehen wir vor allem in der Modernisierung, technischen Erneuerung und Reaktivierung bestehender Infrastruktur. Echte Hebel bestehen an vorhandenen Wehren, Stauanlagen sowie Trinkwasser- und Talsperren Systemen. Durch moderne Turbinen und Steuerungstechnik lassen sich bestehende Anlagen effizienter nutzen, ohne zusätzliche Flächen zu beanspruchen oder neue Eingriffe in Natur und Landschaft zu verursachen. Statt überteuerter Ausbauträume fordern wir das Ende überlanger Genehmigungsverfahren und die Streichung ideologischer Auflagen, die bisher sinnvolle Modernisierungen blockieren.

d) Ja. Die veralteten Daten müssen dringend aktualisiert und transparent veröffentlicht werden. Wir fordern eine ehrliche Bestands- und Potenzialanalyse aller Querbauwerke, Stauanlagen und Wasserkraftstandorte. Wir wollen schwarz auf weiß sehen, wie es um die Technik, den Sanierungsstau und die wahre Wirtschaftlichkeit vor Ort bestellt ist. Nur auf Basis solcher harten Fakten lässt sich entscheiden, wo sich eine Reaktivierung überhaupt noch lohnt. Einen Missbrauch dieser Bestandsaufnahme als Alibi für grüne Ausbauideologien und planwirtschaftlichen Zwang lehnen wir jedoch strikt ab.

e) Historische Wassermühlen und denkmalgeschützte Wasserbauwerke sind unersetzliche Kulturgüter unserer sachsen-anhaltischen Heimat. Ihr Erhalt darf nicht länger von der Wirtschaftlichkeit der Stromerzeugung abhängen. Gerade im Flachland Sachsen-Anhalts führen die geringen Gefälle zu sehr niedrigen Energieerträgen. Als relevante Energiequelle hat die Kleinstwasserkraft hier daher kaum Zukunft.

Statt Betreiber mit immer neuen Auflagen wirtschaftlich zu überfordern, wollen wir historische Mühlen vom Zwang einer unrentablen Stromerzeugung befreien. Ihren Erhalt sichern wir über Denkmal-, Kultur- und Tourismusförderung. Dadurch lassen sich Kulturerhalt, Heimatpflege und Gewässerschutz besser miteinander verbinden. Wo auf eine wirtschaftlich unrentable Stromerzeugung verzichtet wird, entfällt der Konflikt zwischen Turbinenbetrieb und Fischschutz. Fischwanderung und Gewässerdurchgängigkeit können verbessert werden, während historische Mühlen und Wasserbauwerke als prägende Bestandteile unserer Kulturlandschaft erhalten bleiben.

f) Pumpspeicherwerke sind für uns die mit Abstand bewährteste Großspeichertechnologie zur echten Absicherung der Netzstabilität. Anders als chemische Großbatterien, deren Lebensdauer stark begrenzt ist und die später aufwendig entsorgt werden müssen, arbeiten Pumpspeicher mechanisch robust, langlebig und hochgradig wirtschaftlich über lange Speicherzyklen. Solange durch das ungesteuerte Wind- und Solarchaos Überschussstrom anfällt, ist dessen Einspeicherung die einzig vernünftige Option, anstatt Erzeuger für das bloße Abschalten von Anlagen mit Steuergeldern zu entschädigen. Wir setzen daher konsequent auf den Erhalt, die Stärkung und die unbürokratische Modernisierung bestehender Pumpspeicherwerke im Land. Neue Subventionsprogramme für unwirtschaftliche Batteriegroßspeicher lehnen wir ab.

g) Die AfD setzt in ihrer Wirtschaftspolitik auf eine klare Linie: Wir wollen die heimische Wirtschaft und die mittelständischen Strukturen aktiv ausbauen und festigen. Dabei steht die ökonomische Vernunft gegenüber ökologischen Transformationszielen im Vordergrund. Um die dauerhafte Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und der Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt im Umfeld der Wasserkraft, des Anlagenbaus und der Gewässerunterhaltung zu gewährleisten, sollen bürokratische Hürden abgebaut, überzogene ökologische Auflagen revidiert und eine technologieoffene Energiepolitik verfolgt werden. Darüber hinaus sprechen wir uns für eine Stärkung der MINT-Fächer auf schulischer und universitärer Ebene aus.

h) Ein ökologisch-ökonomisches Gleichgewicht erreichen wir durch wirtschaftliche Vernunft statt planwirtschaftlicher Quoten. Wer vorhandene Standorte ungenutzt lässt, braucht über Neubauprojekte gar nicht erst zu diskutieren. Deshalb setzen wir auf die Wiederinbetriebnahme brachliegender Anlagen dort, wo Wirtschaftlichkeit und örtliche Gegebenheiten dies rechtfertigen. Klientelpolitik orientierte staatliche Förderprogramme lehnen wir ab. Die beste Förderung bleibt der Abbau existenzgefährdender Auflagen und bürokratischer Hürden.

i) Ja, wir unterstützen verbindliche Bearbeitungsfristen, klare Zuständigkeiten und eine straffe fachliche Koordinierung ohne Wenn und Aber. Zur Beschleunigung der Verfahren lösen wir das Landesverwaltungsamt als überflüssige Mittelbehörde auf. Dadurch entfallen doppelte Prüfinstanzen, zeitintensive Berichtswege und langwierige Abstimmungsschleifen. Die fachliche Koordinierung übertragen wir direkt den zuständigen Ministerien. Vor Ort erhalten die Landkreise und kreisfreien Städte die volle Entscheidungskompetenz. Hierzu führen wir die untere Wasserbehörde und die untere Naturschutzbehörde auf Landkreisebene in einem einzigen, beschleunigten Verfahren zusammen. Zusätzlich werden bestehende wasserrechtliche Genehmigungen künftig grundsätzlich unbürokratisch verlängert. Wir beenden den Irrsinn, dass Betreiber bei jeder Änderung oder Wiederbewilligung erneut durch identische Gutachterschleifen und Doppelprüfungen geschickt werden. Dafür führen wir eine gesetzliche Frist von drei Monaten ein. Antwortet die Behörde nicht rechtzeitig, gilt der Antrag automatisch als genehmigt.

J) Wir lehnen den staatlichen Heizungs- und Wärmepumpenzwang, ideologisch motivierte Wärmeplanungen sowie weitere Eingriffe in die Eigentums- und Freiheitsrechte unserer Bürger ab. Die Wahl der Wärmeversorgung muss wieder nach Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und den örtlichen Gegebenheiten erfolgen.

Auch die Aquathermie sehen wir nicht als Wunderlösung für die Wärmewende. Der Betrieb solcher Anlagen setzt regelmäßig den Einsatz großer Wärmepumpensysteme, hohe Investitionen sowie zusätzlichen Strombedarf voraus. Ob sich ein entsprechendes Projekt wirtschaftlich trägt, muss vor Ort entschieden werden und darf nicht durch staatliche Vorgaben oder Subventionen erzwungen werden. Unsere Priorität liegt auf dem Erhalt, der Modernisierung und der Entbürokratisierung bestehender Wasserkraftanlagen. Wo Betreiber Aquathermie ergänzend und ohne zusätzliche Belastungen für Bürger, Gewässerökologie oder Versorgungssicherheit wirtschaftlich nutzen möchten, soll dies im Rahmen technologieoffener Entscheidungen möglich sein.

Eine politische Vorrangstellung oder staatlich geförderte Wärmewende über Aquathermie lehnen wir jedoch ab.

Frage 5 - Wahlentscheidung:

Warum sollten unsere Mitglieder sowie deren Angehörige und Familien Ihre Partei wählen?

CDU Die CDU will, dass Sachsen-Anhalt allen Bürgerinnen und Bürgern eine gute Zukunft bietet. Mit sicheren Arbeitsplätzen, starken Unternehmen, mit einer guten und verlässlichen Infrastruktur auch auf dem Land, mit engagierten Schulen und Universitäten, mit einer starken Polizei.

Die Menschen in Sachsen-Anhalt haben über viele Jahrzehnte hinweg mit Fleiß, Ideen und Zusammenhalt viel aufgebaut und erreicht. Besonders seit der Wiedervereinigung

ist unser Land Schritt für Schritt vorangekommen. Vieles ist gelungen. Die Richtung stimmt. Und so soll es weitergehen.

Sachsen-Anhalt ist kein Experimentierfeld für die Ideen von ganz rechts und ganz links. Deshalb braucht Sachsen-Anhalt eine starke Mehrheit der CDU bei der Landtagswahl am 6. September 2026. Mit unserem Regierungsprogramm liefern wir gute Gründe, warum die CDU die beste Wahl für unsere Heimat ist.

SPD Die SPD Sachsen-Anhalt hat das Thema Wasserkraft im Blick. Um einen aktuellen Wissensstand zu generieren, haben wir das Thema parlamentarisch aufgegriffen: Der Selbstbefassungsantrag „Wasserkraft in Sachsen-Anhalt“ der gemeinsam von SPD, CDU und FDP eingebracht und im Ausschuss öffentlich mit Fachleuten beraten wurde, ging auf unsere Initiative zurück. In der Anhörung wurde deutlich, dass Wasserkraft vor allem dort Chancen hat, wo bestehende Anlagen, Wehre, Talsperren oder wasserwirtschaftliche Infrastrukturen sinnvoll modernisiert werden können, zugleich aber Wirtschaftlichkeit, Transparenz, Gewässerökologie und Rechtssicherheit entscheidend bleiben.

Die SPD Sachsen-Anhalt steht für eine Politik mit Maß und Ziel: sozial gerecht, wirtschaftlich vernünftig und ökologisch verantwortlich. Wir verbinden Klimaschutz mit Industriepolitik, Wissenschaft mit Praxis und regionale Stärke mit guter Arbeit.

Beim Thema Wasserkraft zeigen wir, wie wir arbeiten: Wir haben die Debatte auf unsere Initiative hin in den Landtag gebracht, wir hören Fachleuten zu und wir suchen Lösungen, die für Sachsen-Anhalt tatsächlich tragfähig sind. Wer eine verlässliche, moderne und pragmatische Politik will, ist bei der SPD richtig.

Grüne Unser Angebot verbindet bezahlbare Erneuerbare Energie und moderne Infrastruktur im Einklang mit Natur- und Umweltschutz. Wir denken regionale Wertschöpfung, Klimaschutz und Energieunabhängigkeit zusammen und wollen gezielt einkommensschwache Haushalte entlasten.

Es gibt keinen Planeten B. Handeln wir daher jetzt!

Linke Zentraler Kern linker Politik und ihrer künftigen Vorhaben ist der sozial-ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, im Dreiklang der Nachhaltigkeit von Ökologie, Ökonomie und Sozialem. Die Klimakrise stellt uns vor enorme Herausforderungen, die mit der Energie-, Wärme-, Verkehrs- und Ernährungswende zu meistern sind. Gleichzeitig wollen wir, dass die Menschen und Kommunen von der dezentralen Energiewende viel stärker als bisher und direkt profitieren, um sie zu entlasten und die Akzeptanz für die Transformation zu erhöhen. Um die Auswirkungen insbesondere für die schwächeren Mitglieder der Gesellschaft abzumildern, wollen wir eine sozial gerechte Verteilung der Lasten dieser Transformationsprozesse und daher insbesondere sozial schlechter Gestellte stärker unterstützen.

Dazu gehört auch, dass der ländliche Raum viel besser entwickelt werden soll. Immer wieder muss dieser bei Bildung, Gesundheit, ÖPNV, Kultur usw. am stärksten bluten. Wir wollen die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse erreichen.

Zudem setzen wir uns für gute, tariflich entlohnte und mitbestimmte Arbeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt, ohne Ausgrenzung und Diskriminierung sowie für Solidarität und soziale Gerechtigkeit ein.

FDP keine Antwort

BSW Das BSW steht für Vernunft, Verlässlichkeit und Meinungsfreiheit. Mit uns bekommt man eine Vertretung im Parlament, die ansprechbar bleibt und Praxiswissen grundlegend mit einbezieht. Dieses Praxiswissen muss dabei nicht unbedingt beim Präsidenten eines Verbandes liegen, sondern auch bei den einzelnen Mitgliedern, bei Landnutzern und in der Wasserkraft Beschäftigten.

Das BSW setzt sich für soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Vernunft, Frieden, Meinungsfreiheit und kontrollierte Migration ein. Das heißt konkret:

- stabile Löhne und Renten,
- eine vernünftige Wirtschaftspolitik mit bezahlbarer Energie (und wenn die billigste Energie aus Russland kommt, dann beziehen wir diese), bezahlbaren Mieten und Lebensmitteln,
- Diplomatie statt Kriegsrhetorik,
- Schluss mit dem moralischen Zwang zu gendern, sich rechts oder links der völlig überholten und unsinnigen Brandmauer einzusortieren und einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu ertragen, der zum reinen Sprachrohr der herrschenden Politik verkommen ist, und
- eine kontrollierte Migration, in der Asyl denjenigen gewährt wird, die ein Recht auf Asyl haben, ausländische Straftäter konsequent abschiebt und für eine echte Integration in Sprache und Kultur von ausländischen Mitbürgern

AfD Mit Ihrer Wahlentscheidung bei der Landtagswahl am 6. September 2026 legen Sie den Grundstein für die Zukunft Ihres Berufsstandes, Ihres familiären Umfelds und der wirtschaftlichen Sicherheit unserer Heimat. Die AfD bietet Ihnen eine echte politische Kehrtwende: Weg von weltfremden Vorgaben, hin zu einer Politik, die sich an der Wirklichkeit und der Freiheit orientiert! Weg von der Bevormundung, hin zur Stärkung des Mittelstands und der Familienbetriebe! Weg einer Politik, die oben, in internationalen Zirkeln, beschlossen und dann von oben nach unten durchgesetzt wird, hin zu einer souveränen Politik für unsere Bürger und Unternehmen vor Ort.

Wasserkraftverband Mitteldeutschland e.V.
Präsident: Martin Richter

Geschäftsstelle:
Schützengasse 16
01067 Dresden

Tel.: 0351 418 833 612
Fax: 0351 418 833 617

E-Mail: info@wasserkraftverband.de
Internet: www.wasserkraftverband.de

VR 15072 | Amtsgericht Dresden